

**Rede  
der Fraktionsvorsitzenden**

**Johanne Modder, MdL**

zu TOP Nr. 2

**Abgabe einer Regierungserklärung unter dem Titel  
„Ein neuer Alltag in Zeiten von Corona -  
Perspektiven für den Umgang mit dem Virus“**

Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten – Drs. 18/6396 neu

während der Plenarsitzung vom 12.05.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

„Niedersachsen geht voran“, „Das Land fährt wieder hoch“, „Corona-Lockerungen: Viele Länder folgen dem Beispiel Niedersachsens“ oder „Der Weg aus der Krise“ oder „Einig in der Uneinigkeit“ oder auch „Deutschland kommt besser durch die Krise“ – so oder so ähnlich die Meldungen der letzten Woche.

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit der Vorstellung des niedersächsischen Stufenplanes „Der Niedersächsische Weg zu einem neuen Alltag mit Corona“ genau den richtigen Zeitpunkt gewählt und ein bundesweit deutliches Signal gesetzt, wie Krisenmanagement geht.

Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für diesen auch durchaus mutigen Weg.

Anrede,

der Niedersächsische Weg, der 5-Stufen-Plan der Landesregierung, beschreibt unseren Weg aus dem Shutdown und gibt mit seinem ganzheitlichen Ansatz den verschiedenen Bereichen Sicherheit und Perspektiven zurück.

Nicht zu wissen, wie es weitergeht, wie lange der Lockdown anhält, war für viele Menschen in unserem Land, auch aufgrund der positiven Entwicklungen bei den Neuinfektionen, immer schwerer zu verstehen und zu akzeptieren. Schließlich reden wir über tiefe Einschränkungen unserer Grundrechte. Dieser 5-Stufen-Plan ist in weiten Teilen unseres Landes mit großer Erleichterung und auch mit Dank und Respekt angenommen worden.

So wichtig es auch war, den Shutdown bundeseinheitlich durchzusetzen, so wichtig ist es jetzt, auch den Weg aus der Krise zu beschreiben. Die Meldung „Einig in der Uneinigkeit“ beschreibt es ziemlich genau, denn der Ärger über das uneinheitliche Vorgehen oder besser gesagt, der Überbietungswettbewerb einiger Bundesländer in der Vergangenheit, wurde immer mehr zur Belastungsprobe, nicht zuletzt auch für die Kanzlerin.

Anrede,

ich will bei aller Freude über diese weiteren Lockerungen aber auch auf die Gefahren hinweisen, denn keiner weiß von uns, ob und wie sich dies bei den Neuinfektionen niederschlägt.

Wir müssen immer wieder auf die Gefährlichkeit dieses Coronavirus hinweisen. Dürfen das Erreichte jetzt nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen.

Deshalb gilt nach wie, vor und vielleicht jetzt sogar noch stärker denn je, die Hygiene- und Abstandsregeln wirklich konsequent einzuhalten.

Das Coronavirus ist in Deutschland und wird auch weiterhin, solange wir keinen Impfstoff haben, unseren Alltag begleiten.

Anrede,

ich erlebe nach der Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung beim Einkauf und im ÖPNV tragen zu müssen, sehr stark – besonders aber beim Einkaufen – dass jetzt weniger auf Abstand geachtet wird. Es entsteht vermehrt der Eindruck: Wenn ich eine Maske trage, spielt der Abstand keine Rolle mehr. Das geht natürlich nicht!

Bitte lassen Sie uns das immer und immer wieder deutlich machen. Nur wenn wir konsequent die weiterhin geltenden Hygienemaßnahmen, Kontaktbeschränkungen sowie Abstandsgebote wahren, können wir auch weitere Lockerungsschritte gehen.

Anrede,

nach der Bund-Länder-Vereinbarung der letzten Woche wurde der Eindruck vermittelt, der Bund ziehe sich zurück und gebe jetzt die Verantwortung an die Länder ab. Dieser Eindruck täuscht. Die Bundesländer hatten schon immer die Verantwortung. Und vielleicht gehört eben auch dazu, dass unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern auch unterschiedliche Schlussfolgerungen nach sich ziehen. Den Menschen in den Grenzregionen wird dies nach wie vor schwer zu vermitteln sein. Aber auch das ist aufgrund unserer Erfahrungen aus der Vergangenheit ja nichts Neues.

Umso wichtiger ist die Vereinbarung über einen sogenannten Notfallmechanismus“ oder „Notbremse-Beschluss“. Dadurch wird noch einmal deutlich, wie labil die Lage tatsächlich auch ist.

Diese Vereinbarung besagt, dass, wenn sich regional kumulativ mehr als 50 Menschen pro 100.000 Einwohner innerhalb der letzten 7 Tage anstecken, ein regional konsequentes Beschränkungskonzept umzusetzen ist. Dann muss örtlich auch es einen begrenzten Lockdown geben. Ich bin sehr dankbar, dass unser Ministerpräsident erklärt hat, deutlich früher eingreifen zu wollen.

Anrede,

was mich persönlich etwas nachdenklich macht, ist nicht die einzelne Lockerungsmaßnahme. Jede Maßnahme für sich ist gut begründbar und

nachvollziehbar und sicherlich auch richtig, auch weil wir in vielen Bereichen ja nur schrittweise vorgehen. Was mich nachdenklich macht, ist die Vielzahl der Lockerungen.

Ich habe deshalb die herzliche Bitte, dass wir bei den ganzen Diskussionen, die ja bei jeder neuen Verordnung sofort ausgelöst werden, die Dynamik der Neuinfektionen nicht aus dem Blick zu verlieren und uns auch zwischen den einzelnen Phasen die Zeit nehmen, die Entwicklung wirklich beurteilen zu können. Deshalb war es auch richtig, die Stufen 4 und 5 nicht mehr mit einem genauem Datum zu versehen.

Anrede,

ich will auf die einzelnen Maßnahmen unseres Stufenplanes gar nicht mehr groß eingehen, das ist ja öffentlich ausführlich geschehen. Aber zwei Lockerungen will ich durchaus ansprechen, weil sie den durchaus schwierigen Abwägungsprozess deutlich machen.

Das sind zum einen die Kontaktbeschränkungen, die jetzt auf zwei Hausstände erweitert wurden. Hier setzen wir sehr auf die Vernunft und Einsicht der Bürgerinnen und Bürger. Und zum anderen die ersten leichten Versuche, in den Alten- und Pflegeheime überhaupt wieder Besuche und Kontakte zu ermöglichen, um damit der zunehmenden Vereinsamung entgegenzutreten zu wollen.

Anrede,

ich will an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, dass all diese Lockerungen nur dadurch möglich sind, weil der Shutdown konsequent umgesetzt wurde, wir dadurch die Verlangsamung des Infektionsgeschehen erreichen und gleichzeitig unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung schützen konnten. All diese Anstrengungen waren wichtig und es ist unser Anspruch, allen Schwersterkrankten auch die Intensivbehandlung zu kommen zu lassen, die sie brauchen. Das ist uns gelungen und dafür sollten wir alle sehr dankbar sein. Dass die Krankenhäuser jetzt auch wieder die planbaren Leistungen durchführen können, bringt an der Stelle große Erleichterung.

Anrede,

ich habe lange überlegt, ob ich es hier anspreche, aber ich muss es ansprechen, weil es nicht nur für mich und meine Fraktion unerträglich ist, wenn sich Politiker wie der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Herr Palmer, derart unverantwortlich äußern. Ich spreche hier seine Aussage: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären“, an. Was maßt sich dieser Mensch an?

Herr Palmer ist dafür bekannt, sich häufig medial ins Abseits zu schießen und provozierend zu überziehen. Dass die FDP gleich darauf Herrn Palmer ein Aufnahmeangebot macht, lasse ich an dieser Stelle unkommentiert, denn zugegebenermaßen hat die FDP mit Herrn Kemmerich und seinem skandalösen Auftreten bei den Anti-Corona-Demos der vergangenen Tage genug Probleme.

Anrede,

ich habe bereits in meiner letzten Rede zur Regierungserklärung aus unserer Sicht auf die Notwendigkeit eines Sonderausschusses zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie in seiner ganzen Breite hingewiesen und freue mich, dass unser Vorschlag von den Grünen und der FDP auch aufgegriffen wurde. Allerdings sind wir im Moment bezüglich des Arbeitsauftrages noch weit auseinander, so zumindest mein Eindruck, aber das werden wir vielleicht in noch anstehenden Gesprächen ausräumen können. Davon bin ich überzeugt.

Die parlamentarische Begleitung der Corona-Krise mit all ihren Facetten und Auswirkungen auf den öffentlichen, sozialen und auch wirtschaftlichen Bereich wird nach meiner Einschätzung bereits sowohl über den Sozialausschuss als auch über unsere Fachausschüsse gewährleistet.

Anrede,

wir werden sicherlich immer wieder hier im Parlament über die Entwicklung und die einzelnen Maßnahmen in der Corona-Krise diskutieren und auch streiten. Insbesondere über die weiteren Stufen des Niedersächsischen Wegs. Das ist auch gut so.

Des Weiteren begrüße ich sehr, dass auch wir als Parlament wieder zu einem Regelbetrieb mit auch anderen Themen langsam zurückfinden – natürlich, wie Sie sehen unter Einhaltung von Abstandsregeln. Und es gibt noch viele Themen, die auch bearbeitet werden müssen.

Anrede,

Corona und vor allem ihre Auswirkungen und Folgen werden uns sicherlich noch lange beschäftigen und begleiten. Der zweite Nachtrag ist in Vorbereitung.

Wir als SPD-Fraktion blicken insbesondere auf den Bereich der Kontaktbeschränkungen, auf unsere Familien und die Kinderbetreuung, auf die Bildung, ganz besonders auf unsere Alten- und Pflegeheime, unser Gesundheitswesen und nicht zuletzt auf die Folgen für unsere Wirtschaft. Da wartet noch jede Menge Arbeit auf uns.

Ausdrücklich begrüße ich die neuesten Ankündigungen auf Bundesebene, für unsere Kulturschaffenden weitere finanzielle Unterstützungen in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen. Ein wichtiges Signal für unsere Künstlerinnen und Künstler, die bislang von bisherigen Förderprogrammen ausgeschlossen waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden einen anderen Alltag erleben, einen neuen Alltag mit Corona. Zumindest solange noch kein Impfstoff in ausreichender Form zur Verfügung steht.

Zum Schluss will ich noch kurz auf den sich formierenden Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen eingehen, die wir verstärkt bundesweit zu vermelden haben.

Wenn Menschen aus finanziellen Sorgen oder Gründen der Grundrechtseingriffe auf die Straße gehen, haben wir das ernst zu nehmen – wir müssen die Ängste ernst nehmen und Perspektiven bieten. Um es aber auch ganz deutlich zu sagen: Unsere Dialogbereitschaft endet dort, wo Gewalt und Fahrlässigkeit die Leben anderer gefährden.

Was wir allerdings in den letzten Tagen erleben, ist schon bemerkenswert. Auf den Demonstrationen findet sich ein breites Sammelsurium von Verschwörungstheoretikern, Impfgegnern und auch Rechtsextremen zusammen, welche die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die Trennschärfe von wirklichen Ängsten und antidemokratischen Ideologien verwässert. Überhaupt nicht zu akzeptieren ist deren Verhalten. Auf der einen Seite für Grundrechte eintreten und andererseits die Pressefreiheit im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen zu treten. Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten ist inakzeptabel und wird von uns aufs Schärfste verurteilt.

Jene Demonstranten sind nicht die Mehrheit. Eine breite Masse trägt den Kurs der politischen Mitte und der Politik mit Augenmaß mit. Wir haben in den vergangenen Wochen als Gesellschaft gemeinsam viel geschafft: Lassen Sie uns nicht die Erfolge wieder kaputt machen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.